



# Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen durch das Land

**Am 9. Mai 2016 wurde der Koalitionsvertrag zur Regierungsbildung in Baden-Württemberg unterzeichnet. Dort wird auf Seite 60 ausgeführt: „Aus Gründen der Fürsorge werden wir die Durchsetzung von titulierten Schmerzensgeldansprüchen der Beamtinnen und Beamten übernehmen.“**

Im April 2017 hatte der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, in einem Gespräch mit der DPoIG-Landesleitung versichert, dass das Gesetz in der Umsetzung/Abstimmung sei. Seither haben wir dazu nichts mehr gehört. Wir nahmen dies zum Anlass für eine erneute Veröffentlichung, um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen. In sechs Monaten ist Halbzeit der Landesregierung. Die Uhr tickt. Seit zwei Jahren warten die Polizeibeamten und -beamtinnen auf die im Koalitionsvertrag angekündigte Regelung. Die DPoIG erreichte damals, dass das Thema ins Wahlprogramm und danach in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Es gehört einfach zur Realität, dass Polizeibeamte/Polizeibeamtinnen immer mehr zum Opfer werden. Und in einer Vielzahl von Fällen kann nicht auf eine Realisierung der Schmerzensgeldansprüche

gehofft werden, da der Täter über keine finanziellen Mittel verfügt.

Die DPoIG bietet ihren Mitgliedern einen umfassenden Mehrfach-Rechtsschutz an. Dazu gehört die Unterstützung und die juristische Vertretung in allen Bereichen, die unter anderem unmittelbar mit dem Dienst verbunden sind; beispielsweise etwa Schmerzensgeldansprüche. In den vergangenen Jahren ist aufgrund einer Respektlosigkeit und Gewalt gegen Polizeibeamte/Polizeibeamtinnen die Inanspruchnahme unseres Rechtsschutzes gestiegen. Alleine im vergangenen Jahr 2017 ist die Inanspruchnahme um über 30 Prozent angestiegen. In 2017 hatten wir fast 1000 Rechtsschutzfälle, Anfragen und Beratungen nicht mitgezählt. Bei circa 70 Prozent der Fälle, also circa 700, handelt es sich um die Geltendmachung von Schmerzensgeldansprüchen. „Beleidigt, bespuckt, geschlagen“, die Liste der Taten, bei denen Polizeibeamte/Polizeibeamtinnen Opfer werden, ist groß. Was wir in den Rechtsschutzanträgen unserer Mitglieder lesen, erzeugt Ekel und lässt einem Schauer über den Rücken laufen. Neben eigenen Rechtsanwälten unseres Dachverbandes im dbb Dienstleistungszentrum in Mannheim, die mit großem Erfolg unsere Kolleg(inn)en betreuen, sowie unserer DPoIG-Rechtsschutzabteilung in Stuttgart, die von unserer Justiziarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert geleitet wird, wenden wir für unsere mehr als 17 000 Mitglieder darüber hinaus circa 350 000 Euro für die Rechtsschutzabsicherung auf.

Die Geltendmachung von Schmerzensgeldzahlungen ist

nicht einfach. In der Regel erfolgt für die Straftat eine Verurteilung der Täter, was sich enorm verbessert hat. Wer Polizeibeamte/Polizeibeamtinnen angreift, schlägt, verletzt, bespuckt und beleidigt, muss dafür bestraft werden.

Leider verzeichnen wir eine höchstrichterliche Rechtsprechung, die davon ausgeht, dass in vielen Fällen nicht der Polizeibeamte selbst beleidigt wurde, sondern die gesamte Polizei (zum Beispiel All Cops Are Bastards). Der beleidigte Polizeibeamte muss dann genau darlegen, dass er selbst und direkt beleidigt wurde. Hinzu kommt die Rechtsauffassung, dass Polizeibeamte schon einiges ertragen müssen – das eine oder andere einfach zum Beruf dazu gehört. Infolgedessen gibt es unter anderem eine sogenannte Bagatellgrenze, die in der Regel bei 300 Euro liegt. Trotz fortlaufend neuer Versuche belegen aktuelle Urteile anhaltend, dass vor Gericht wenige Erfolgsaussichten bestehen, einen Schmerzensgeldanspruch zu erstreiten.

In anderen Bundesländern, in denen eine sogenannte „Erfüllungsübernahme“ von Schmerzensgeldansprüchen gesetzlich geregelt wurde, wurde darüber hinaus eine Bagatellgrenze eingezeichnet. In Bayern beträgt diese 500 Euro und in Rheinland-Pfalz, dem letzten Land, das eine solche Regelung eingeführt hat, liegt sie bei 250 Euro. In allen Fällen ist das mit einem sogenannten „titulierten Anspruch“ verbunden. Voraussetzung ist die gerichtliche Feststellung des Anspruchs. Und gerade trotz strafrechtlicher Verurteilung, wird dieser titulierte Anspruch für ein Schmerzensgeld, eben wegen der dor-



tigen Bagatellgrenze, im zivilrechtlichen Verfahren nicht erfolgen.

Bei unserem Nachbarverband, der DPoIG Bayern, führt dies dazu, dass immer mehr Kolleg(inn)en den Klageweg bestreiten, um einen Titel zu erwirken, damit das Land die Forderungen übernimmt. Dies verursacht erneut Kosten bei der DPoIG, bleibt aber ebenfalls erfolglos.

Was wir also brauchen ist eine Regelung, die sich an der Praxis orientiert und die genau diesen Umstand berücksichtigt. Es muss eine Regelung geben, die sich nicht an irgendwelchen gerichtlichen Zusprüchen von Schmerzensgeld orientiert, die es aufgrund der Bagatellgrenzen gar nicht geben wird. Wir brauchen gesetzliche Regelungen, die am Ende auch dazu führen, dass die Polizeibeamten/Polizeibeamtinnen, die Opfer einer Beleidigung und Verletzung wurden, auch dann eine Entschädigung bekommen können, wenn der Täter nicht bezahlen kann. Bagatellgrenzen darf es keine geben. Auch kleine Tropfen füllen ein Glas. Wer immer wieder Gewalt, Respektlosigkeit und Beleidigungen, auch in dezenter Dosis erfahren muss, wird davon krank. Er wird künftig sein eigenes Verhalten verändern. So nehmen wir in Kauf, dass die Professionalität der Polizeiarbeit darunter leidet. Wir müssen die Polizeibeamten/Polizeibeamtinnen als das betrachten, was sie in solchen Fällen sind – Opfer einer Straftat. ■

## Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger  
(V. i. S. d. P.)  
Schwabenstraße 4  
76646 Bruchsal  
Telefon 07251.3924990  
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon 07 11/99 79 474-0  
Telefax 07 11/99 79 474-20  
Internet: www.dpolg-bw.de  
E-Mail: info@dpolg-bw.de  
ISSN 0723-1830

## Hauptpersonalrat der Polizei (HPR Pol) vor Ort



© DPoIG BW (4)

> Jürgen Weber (HfPol Lahr), stellvertretender HPR-Vorsitzender Jürgen Vogler, Polizeipräsident Udo Vogel, HPR-Vorsitzender Ralf Kusterer, Egon Manz (Mannheim) und Eberhard Wetzel (Offenburg) (von links)

Mit Jahresbeginn 2018 hat der Vorsitzende des Hauptpersonalrats, zugleich Landesvorsitzende der DPoIG, Ralf Kusterer, auch zu Sitzungen außerhalb des Innenministeriums eingeladen. Eine Form der Sitzungsführung, die nicht nur bei den Personalräten selbst, sondern auch bei den Dienststellen auf positive Resonanz gestoßen ist. Eine Form, die folgerichtig auch weiterhin durchgeführt wird. Kusterer dazu: „Mir ist der enge Kontakt zu den Dienststellen, den Beschäftigten, aber auch zur Polizeiführung wichtig. Wir sind für alle dienststellenübergreifenden Regelungen zuständig, weshalb es wichtig ist vor Ort zu sein, dort wo der Schuh drückt. Mir ist es ferner wichtig, im O-Ton die Planungen mit landesweiter Bedeutung zu erfahren. Und wenn ich ‚mir‘ sage, dann meine ich damit in erster Linie alle DPoIG-Personalräte.“

Am 10. Januar 2018 fand die HPR-Sitzung an der Hochschule

für Polizei (HfPol) am Standort Biberach statt. Hier informierte uns der Vizepräsident der HfPol, Jürgen Hirschle, über die „Einstellungsoffensive 3“. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen um Standorte und der Frage über die Realisierung der Einstellungen sowie die Gewährleistung der Ausbildung, erreichten uns Informationen, die teilweise so bisher nicht transportiert wurden.

Anschließend informierte der Gesamtprojektleiter Polizei-



> HPR-Vorsitzender Ralf Kusterer, Vizepräsident HfPol Jürgen Hirschle, Ingo Tecquert, HPR-Vorstand (von links)

struktur 2020, Ekkehard Falk, über den aktuellen Sachstand und Entwicklungen im Projekt. Einige waren sicher überrascht, in welcher Offenheit und Klarheit die Personalratsmitglieder informiert wurden. Klar, die Hauptpersonalratsmitglieder unterliegen einer gesetzlichen Verschwiegenheitsverpflichtung. Aber nicht immer öffnen sich die Info-Türen so weit – Chapeau.

Am Aschermittwoch führte uns der Weg nicht zum He-

ringessen, oder wie bei manch anderen zum politischen Aschermittwoch, sondern nach Freiburg. Hier begrüßte, in Vertretung des Polizeipräsidenten, Leitender PD Fingerlin die Mitglieder des HPR.

Am 14. März 2018 tagte der HPR im Präsidium Technik, Logistik, Service. Dabei stellte Sylvia Kopp, vom Sachbereich Öffentlichkeitsarbeit, gleich einmal unter Beweis, was man dort unter Service versteht – an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön. Für die umfangreichen Informationen aus dem Präsidium mit dem größten Haushaltsvolumen, aber auch dem Präsidium mit den größten Erwartungshaltungen der Kolleginnen und Kollegen an der polizeilichen Basis, sorgte der Präsident Udo Vogel selbst. Wünsche, Träume, Vorstellungen, als auch Hindernisse spickten den Vortrag mit vielen Fakten und gaben sicher Anlass zum Staunen. ■



> Gesamtprojektleiter Ekkehard Falk und Vorstandsmitglied Ingo Tecquert (von links)



> HPR-Vorsitzender Ralf Kusterer, Leitender PD Fingerlin und stellvertretender HPR-Vorsitzender Jürgen Vogler (von links)



> Landesjugendausschuss der JUNGEN POLIZEI

## JUNGE POLIZEI – Landesjugendausschuss tagt in Stuttgart

Das höchste Gremium der JUNGEN POLIZEI ist der Landesjugendausschuss. Dieser Landesjugendausschuss tagt mindestens zweimal jährlich. Ihm gehören als Delegierte die Vorsitzenden der JUNGEN POLIZEI aus den Bezirksverbänden und die Mitglieder der Landesjugendleitung an.

Am Vortag traf sich die Landesjugendleitung zur Vorbereitung der anstehenden Blaulichtparty. Diese findet erstmalig am 18. April 2018 im „Berry's“ in Konstanz statt und wird mit Sicherheit eine tolle Gelegenheit sein, mit Kolleginnen und Kollegen zu feiern. Auch für die jährliche Blaulichtparty in Stuttgart wurde in die Vorbereitungen eingestiegen. Der Termin hierzu wird in Kürze bekannt gegeben.

Bei der auf der DPoIG-Landesgeschäftsstelle stattfindenden Sitzung des Landesjugendausschusses standen die Berichte der Landesjugendleitung und die Berichte aus den verschiedenen Bezirks- und Präsidialverbänden im Mittelpunkt. Der gegenseitige Informationsaustausch ist unverzichtbar. Einige Probleme, beispielsweise im Bereich der verkürzten Probezeit oder im Zusammenhang mit dem Beurteilungsverfahren, wurden erkannt und werden durch die DPoIG an die

politischen Vertreter herangezogen. Der Bericht des DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer lieferte allen einen inter-

essanten Einblick in die aktuellen politischen Themen. So konnte durch ihn brandaktuell mitgeteilt werden, dass auf Anregung der DPoIG die Wiederholungsbeschränkung beim Aufstiegstest aufgehoben wurde.

Nebenbei konnten im Rahmen des Landesjugendausschusses durch die JUNGE POLIZEI circa 1,2 Tonnen Getränkepulver zur

Herstellung isotonischer Getränke an die Stuttgarter Tafel gespendet werden. Diese wurden durch die Delegierten händisch verladen, was der Sitzung eine sportliche Pause bescherte.

Beide Sitzungen lieferten zahlreiche neue Erkenntnisse und brachten die Projekte der JUNGEN POLIZEI für das Jahr 2018 einen großen Schritt voran. ■

> Zukünftige Gewerkschaftsmanager im Gespräch mit dbb Bundesleitungsmitgliedern

### Alumni-Veranstaltung in der dbb akademie

Am Rande einer Alumni-Veranstaltung in Königswinter konnten unsere Teilnehmer im Zertifizierungskurs Gewerkschaftsmanagement interessante Gespräche mit Volker Geyer, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik (Mitte), sowie dem Bundesvorsitzenden und Stellvertreter des dbb Bundesvorsitzenden Claus Weselsky führen.



> Unsere angehenden Gewerkschaftsmanager: Sarah Leinert (Dritte von links), Edmund Schuler (Vierter von links), Oliver Auras (Erster von rechts)



# Jürgen Vogler in den dienstlichen Ruhestand verabschiedet

## Ein Leben für die Polizei und für die Polizeibeschäftigten



> Ralf Kusterer, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, Polizeidirektor Ralf Thimm, Leiter der Direktion Polizeireviere beim Polizeipräsidium in Tuttlingen, der angehende Ruheständler Jürgen Vogler und seine Frau Monika Vogler, Thomas Barth, Leiter des Polizeireviere in Villingen, und Michael Oehler, Personalratsvorsitzender des Polizeipräsidiums Tuttlingen

Kolleginnen und Kollegen aus ganz Baden-Württemberg würdigten ein Arbeitsleben im Dienst der Polizei und der Polizeibeschäftigten, als sie Ende März den stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptpersonalrats der Polizei beim Ministerium für Inneres, Migration und Digitalisierung Baden-Württemberg in den dienstlichen Ruhestand verabschiedeten. Aus dem ganzen Land waren sie angereist. Kolleg(inn)en von ehemaligen Wirkungsstätten, Führungskräfte, Vertreter der Polizeigewerkschaft und der Personalräte aus Tuttlingen und dem Innenministerium zeugten von Jürgen Voglers bewegtem Leben im Dienst der Polizei und dokumentierten damit ihre

Wertschätzung und den Respekt für den Menschen Jürgen Vogler.

Die Verabschiedung fand in Villingen-Schwenningen statt. Hier wohnt Jürgen Vogler und hat seinen „eigentlichen“ Dienstort. Dass er sich auf den verschiedensten Ebenen für die Belange der Polizei stark gemacht, seinen Beruf voller Leidenschaft ausgeübt und immer wieder Initiativen angestoßen hat, spiegelte sich in der Feierstunde im Gemeindezentrum der katholischen Pfarrgemeinde Heilig Kreuz in Villingen wider.

Nach 46 Jahren und sieben Monaten beendete Jürgen

Vogler seine Laufbahn, stellte Thomas Barth, Leiter des Polizeireviere in Villingen, fest. In seiner Begrüßung ließ er den Werdegang Voglers, von den ersten Schritten bei der Bereitschaftspolizei in Göppingen im Jahr 1971, bis zu der letzten Position beim Innenministerium in Stuttgart, Revue passieren.

Details aus der beruflichen Laufbahn und manche Geschichte zum Schmunzeln verriet Polizeidirektor Ralf Thimm, Leiter der Direktion Polizeireviere beim Präsidium in Tuttlingen. Er zauberte gar die aus wenigen handschriftlichen Sätzen bestehende Bewerbung aus der Tasche, mit der sich der junge Mann aus Zimmern ob Rottweil, einst für die Bereitschaftspolizei beworben hatte. 1974 kam Vogler zum Polizeirevier nach Villingen, wechselte 1980 als stellvertretender Dienstgruppenführer ins Schwenninger Revier und fand 1988 eine neue Aufgabe beim Wirtschaftskontrolldienst.

Bereits 1985 hatte Vogler begonnen, sich im Personalrat der Sorgen und Nöte seiner Kolle-

gen anzunehmen, zunächst bei der Polizeidirektion Villingen-Schwenningen. 1993 übernahm er den Vorsitz, ab 2001 vertrat er als freigestellter Personalrat die Mitarbeiter auf Bezirksebene beim Regierungspräsidium Freiburg und war seit 2005 an der Spitze des Gremiums. Nach der Polizeireform führte er bis 2015 den Personalrat beim Polizeipräsidium Tuttlingen an. Seit 2014 bis jetzt war er als stellvertretender Vorsitzender im Hauptpersonalrat der Polizei im Innenministerium aktiv und zuständig für 34 000 Kollegen im Land. Er habe viele gute Initiativen ergriffen, zum Wohle der Mitarbeiter und der Dienststellen gehandelt, dabei immer die Realität im Blick gehabt, erklärte Thimm. Dies mache einmalige Menschen aus. „Wir verlieren nicht nur Know-how und viel Wissen, sondern auch einen feinen Kerl.“

Auf Voglers Leistungen im Hauptpersonalrat wie in der Deutschen Polizeigewerkschaft von der Bezirks- bis zur Bundesebene ging Ralf Kusterer, Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei und der DPoIG Baden-Württemberg, ein. Er habe sich bei seinen Gesprächspartnern Respekt und Anerkennung erworben, sich akribisch in Themen eingearbeitet. „Auch das Innenministerium hat sich deiner Rechtsauffassung angeschlossen“, schilderte Kusterer die Wertschätzung, die Vogler genoss. Zudem habe er für die Gewerkschaft nicht nur Personalräte der Polizei, sondern Personalräte aus vielen Verwaltungsbereichen fortgebildet. Gesellschaftlichen Einsatz zeige er auch in der Kirchengemeinde Heilig Kreuz in Villingen, sowie als ehrenamtlicher Richter am Verwaltungsgericht in Freiburg.

„Kompetent, sympathisch, emphatisch“, so fasste Michael Oehler, Personalratsvorsitzender des Polizeipräsidiums Tutt-



> Mit stehenden Ovationen würdigten die Gäste Jürgen Vogler bei seiner Verabschiedung.



lingen, Voglers Charakter zusammen. Das Wort Feierabend kenne er nicht, wenn ein Kollege in Not gewesen sei, habe er rund um die Uhr anrufen können. „Wenn's brennt, bin ich gerne da“, versprach denn auch Vogler zum Abschied – und nahm die Gäste mit auf eine Reise durch sein Berufsleben. Neben schönen Erinnerungen an den Zusammenhalt im

Schichtdienst, oder die bis heute bestehende Kartenspielrunde, sprach Vogler auch weniger schöne Erlebnisse an.

Anfang der 90er-Jahre hätten unterbesetzte Dienststellen und mangelnder Nachwuchs ihm so zu schaffen gemacht, dass er mit einigen Mitstreitern die AG Schutzpolizei ins Leben rief, die 1992 einige Unruhe in Erwin

Teufels Wahlkampf gebracht habe. „Es war eine schöne Zeit“, zog er sein Resümee, auch das Amt als Personalvertreter habe er mit Freude ausgeübt. Er versprach, der Gewerkschaft noch erhalten zu bleiben. Und das natürlich aktiv, so wie man Jürgen Vogler kennt.

Mit stehenden Ovationen würdigten ihn seine Wegbegleiter.

Auch seiner Frau Monika galt der Dank aller Redner. Sie sei ihm in all den Zeiten, in denen die Polizei und die Gewerkschaft das Familienleben geprägt hätten, zur Seite gestanden. Alle gemeinsam wünschten den beiden schöne Augenblicke, auch mit den Kindern samt Enkeln und alle hatten passende Geschenke für die Freizeit im Gepäck. ■

## Einkommensrunde im Bund und Kommunen 2018 – DPolG zeigt Flagge in Freiburg

Nach der ergebnislosen zweiten Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen haben die Beschäftigten ihre Empörung über die Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite auch in Baden-Württemberg deutlich gemacht. In Freiburg versammelten sich am 22. März 2018 rund 500 Beschäftigte zu einer zentralen Kundgebung.

„Es wäre so einfach, wenn die Arbeitgeber bei den Verhandlungen in Potsdam nicht aus allem und jedem ein Problem machen würden, sondern einen Abschluss anstreben, den sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit ihrem täglichen Einsatz für das Gemeinwesen ehrlich verdient haben“,

sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, unter dem Applaus der Demonstrantinnen und Demonstranten auf dem Platz vor der Alten Synagoge. „Ihr sorgt rund um die Uhr dafür, dass Deutschland funktioniert. Dafür steht euch eine Teilhabe am Wirtschaftswachstum zu“, so Geyer weiter. „Niemand kann leugnen, dass die Steuereinnahmen derzeit ungeahnte Höhen erreichen: Deshalb ist es keine Anmaßung, sechs Prozent mehr Lohn zu fordern. Der öffentliche Dienst, wie ihn die Bürgerinnen und Bürger schätzen und wie ihn ein starker Wirtschaftsstandort Deutschland braucht, ist keine Selbstverständlichkeit. Wer ihn nicht pflegt, trägt die Verantwortung für seinen Ver-

fall: Einen erstklassigen öffentlichen Dienst bekommt man eben nicht mit zweitklassigen Gehältern.“

Auch wenn es bei den aktuellen Tarifverhandlungen hier um den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) geht und zumindest die Beamten und Tarifbeschäftigten des Landes nicht unmittelbar davon betroffen sind, ist es dem DPolG-Landestarifbeauftragten und Mitglied der Verhandlungsgruppe in Potsdam, Edmund Schuler, wichtig, dass man Flagge zeigt. Edmund Schuler in Freiburg: „Gemeinsam mit Ralf Kusterer, unserem Landesvorsitzenden, meinem Stellvertreter Martin Schuler und seinen Kolleginnen und Kollegen vom Polizeiprä-

dium Freiburg zeigen wir hier Flagge. Von der schlechten Bezahlung sind wir überall betroffen. Wir müssen für deutliche Verbesserungen zusammenstehen und kämpfen.“

Von den aktuellen Tarifverhandlungen sind etwa 2,6 Millionen Beschäftigte betroffen: 2,3 Millionen Arbeitnehmer, sowie 344 000 Bundesbeamte und Anwärter, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Die wirkungsgleiche Übertragung betrifft hier nur die Bundesbeamten, da die Kommunalbeamten nach den jeweiligen Landesgesetzen besoldet werden. Die nächste Verhandlungsrunde zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ist am 15./16. April 2018 in Potsdam. ■

Der Name der rechten Person fehlt!!!

➤ Claudia Schuler (Freiburg), Landestarifbeauftragter Edmund Schuler, dbb Vize Volker Geyer, BBW-Vertreter Jörg Feuerbacher, DPolG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer (von links)



## KV Lahr im Gespräch mit Frau Marion Gentges, CDU-Landtagsabgeordnete

Am Freitag, dem 23. März 2018, trafen sich die CDU-Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Lahr, Marion Gentges, und die Vorstandschaft des Kreisverbandes Lahr der DPoIG zu einem intensiven Austausch über die aktuelle Situation.

Der KV-Vorsitzende Manfred Wernert begrüßte die Abgeordnete und bedankte sich für ihre Bereitschaft, sich der Sorgen und Nöte der Polizeikollegen vor Ort anzunehmen. Das Mitglied des Hauptpersonalrates der Polizei beim Innenministerium und zugleich Kreisgeschäftsführer Jürgen Weber sprach die einzelnen Problempunkte an: Unterbringung zu dritt in Zweibettzimmern, fehlendes WLAN auf dem gesamten Gelände, marode Gebäude und dadurch immer wieder Ausfall von Duschen und Toiletten, riesige Schlangen vor der Essensausgabe, damit einhergehend die enorme Belastung für das Küchenpersonal bei der Ausgabe und Geschirrrückgabe, sowie die Situation im Bereich Pforte und Arealüberwachung.

Frau Gentges kannte die Probleme bereits aus früheren Gesprächen. Sie konnte direkt von Innenminister Thomas Strobl die nochmalige Zusage mit-

bringen, dass Geld für WLAN bereitgestellt ist, sie wunderte sich nur, dass immer noch nichts geschehen ist. Bei der Arealüberwachung würde nur noch die neue Datenschutzrichtlinie für Videoüberwachung abgewartet, dann sollen hier auch Maßnahmen anlaufen. Auch brachte sie die Zusicherung mit, dass die zusätzlichen Betten wieder aus den Zimmern entfernt würden, hier seien verschiedene entlastende Maßnahmen wie auch neue Standorte in Herrenberg und Wertheim am Start.

Jürgen Weber sprach auch die Thematik Dienstpostenbewerterung und daraus resultierend die Einordnung der Fachlehrer bei der Hochschule für Polizei, Institutsbereich Ausbildung, an. Viele haben Angst, mit ihrem abgeschlossenen Studium nicht weiter als A 11 zu kommen. Auch wenn das Innenministerium ihm gegenüber versicherte, dass jeder nach A 13 kommen könne. Weber erneu-



> Manfred Schäfer, Rolf Metzger, Marion Gentges, Jürgen Weber und Manfred Wernert (von links)

erte die Forderung der DPoIG, dass das Land zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten schaffen müsse und ein besserer Schlüssel für die Hochschulgehalte gelten müsse.

Die überaus langen Beförderungswartezeiten wurden von den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Rolf Metzger und Manfred Schäfer thematisiert. MdL Gentges sagte zu, diese Themen in Stuttgart zu erörtern. Sie gab noch einen Überblick über das weitere Umfeld im öffentlichen Dienst. So hat man erkannt, dass man attraktive Angebote machen muss, sonst wird

man auf immer mehr offenen Stellen sitzen bleiben. Hier tagt in Stuttgart eine Arbeitsgruppe, der sie ebenfalls angehört. Jürgen Weber hatte zuvor die Besoldungs- und Laufbahnordnung Polizei angesprochen, mit dieser könnte man einiges an Problemen schnell erledigen.

Zum Schluss sagte Marion Gentges gerne zu, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Gemeinsam hätte man schon einiges erreicht. Man will sich zeitnah wieder zum Gedankenaustausch treffen – auch um zu sehen, was aus den Initiativen wurde. ■

## Jahreshauptversammlung – Kreisverband HfPol Biberach

### Kreisverband erhöht Mitglieder auf über 800; aktive KV-Arbeit zahlt sich aus

Zur Jahreshauptversammlung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) konnte Kreisvorsitzender Berthold Kibler die eingeladenen Mitglieder begrüßen. Aus Stuttgart war der DPoIG-

Landesvorsitzende Ralf Kusterer mit Geschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert angereist.

In seinem Rechenschaftsbericht konnte Berthold Kibler ein ä-

berst positives Bild zeichnen. Am 1. April 2008, also vor fast genau zehn Jahren, hatte der den Vorsitz übernommen. Damals hatte der Kreisverband rund 250 Mitglieder. Heute, gut zehn

Jahre später haben wir die 800er-Marke überschritten. „Eine Zahl, die noch vor wenigen Jahren undenkbar schien und die aus seiner Sicht ein-drucksvoll belegt, wie sich nicht



© DPoIG BW

> Roland Hini, Sarah Leinert, Berthold Kibler, Ralf Kusterer, Tanja Hagel, Dr. Georg Laub und Manfred Prets (von links)

nur die gewerkschaftlichen Gewichte in den letzten Jahren hier in Biberach verändert haben“, so Kibler. „Eine professionelle Neumitgliederwerbung, gepaart mit einer engagierten Mitgliederbetreuung sind wohl, zusammen mit einer auf Landesebene erfolgreichen Gewerkschaftspolitik, die Hauptgaranten für diesen überragenden Aufschwung, den die DPoIG im Land, aber auch deutlicher hier in Biberach, in den letzten Jahren verzeichnen konnte.“

Berthold Kibler machte deutlich, dass das wie immer Teamarbeit sei. Zu großem Dank sei er allen Vorstandsmitgliedern des Kreisverbandes verpflichtet. Sie haben ihm stets freie Hand gelassen und unterstützt, wenn er sie um Hilfe gebeten habe. Einen Namen wollte er bei dieser Gelegenheit besonders hervorheben, auch wenn er krankheitshalber verhindert war: „Kollege Christoph Binder“. Ohne ihn und seine Mitarbeit wäre dieser Erfolg bei der Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung sicherlich nicht zustande gekommen. Er habe ihn in den letzten Jahren immer, wenn es ihm zeitlich auch möglich war, bei der Vorstellung der DPoIG in den neu eingestellten Klassen unterstützt und tatkräftig bei der Mitgliederwerbung mitgeholfen. Vor allem durch die Gründung der JUNGEN POLIZEI, deren Leitung er übernommen hatte, ist dabei herauszustellen.

Kibler konnte gleich eine ganze Reihe von Aktionen und Veranstaltungen vorstellen, welche im Berichtszeitraum durchgeführt wurden. So beispielsweise das beliebte Disco Bowling, das Grillfest oder der Besuch von Fußballländerspielen Deutschlands. Dass man eine gesunde finanzielle Lage habe (leicht untertrieben – denn auch hier gibt es einen Rekordstand), zeigt der sorgsame und verantwortungsvolle Umgang mit den Finanzen.

Besorgt ging Kibler auf die gewerkschafts- und berufspolitischen Themen ein. „Was wir stimmungsmäßig in den letzten Monaten von unseren Beschäftigten zu hören bekommen, das erfüllt einen schon mit großer Sorge. Es wird zunehmend über die hohe Arbeitsbelastung geklagt. Man sieht kein Licht am Ende des Tunnels. Die Einstellungsoffensive fordert viele Projektgruppen. Die Dienstpostenbewertung nimmt vielen die Perspektiven. Die vergangenen Jahre waren von der Polizeireform mit starken Auswirkungen auf die ehemalige Bereitschaftspolizei geprägt. Das sogenannte „Ein-Träger-Modell der Bildungseinrichtung“ mit seinen vielgepriesenen Vorteilen ist bis heute noch nicht richtig zu einem rundum funktionierenden Gebilde zusammengewachsen.“

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer informierte über aktu-

elle Entwicklungen. Lobenswert stellte er auch das Engagement der Biberacher bei der Mitgliederwerbung heraus. In seinem Vortrag streifte er verschiedene Gewerkschaftsfelder. Erst vor wenigen Wochen habe er mit seiner Verlautbarung zum Bildungsnotstand in der Polizei die Politik aufgerüttelt. Aktuell stünde der Minister wegen einer falschen Pressemitteilung in der Kritik, die Frage der Zielmarke von 900 zusätzlichen Polizeibeamten und 600 Tarif-/Verwaltungsbeschäftigten findet sich in der Politik und in der Öffentlichkeit wieder. Er bedauere, dass zunächst immer erst einmal politische Abwehr- und Beschwichtigungsreaktionen kommen und man sich nicht wirklich intensiv der Analyse widme. Ralf Kusterer: „Wir sind nicht dazu da, irgendwelche Politiker und Parteien zu loben. Das tun wir, wenn sie es verdient haben. Wenn wir nicht die Probleme der Polizei öffentlich machen, passiert nichts. Leider kann man das von der Polizeiführung nicht erwarten. Einige sind im ständigen Spagat zwischen Amtseid und politischem Loyalitätsgedanken. Ich würde mich freuen, wenn man nicht nur hinter vorgehaltener Hand, sondern auch mal öffentlich Kritik äußern würde. Natürlich übernehme ich das gerne. Denn alles was ich sage, ist belegbar und ist zu großen Teilen auch die Meinung von Führungskräften – aber auf jeden Fall die Meinung der DPoIG und der Beschäftigten.“ Abschließend erneuerte er seine Forderungen zu einer Bewertung von Dienstposten. „Wir brauchen mehr Beförderungsmöglichkeiten“, so Kusterer. „Im Grunde nach muss jeder theoretisch die Chance haben, auch tatsächlich in die höchsten Beförderungsämter zu kommen.“

Bei den Verbandsformalen war man schnell durch. So mancher Verband schaut neidisch auf die gute und ordentliche Kassenfüh-

rung. Es wurde nicht nur der Schatzmeister Roland Hini, sondern der gesamte Kreisvorstand einstimmig entlastet. Bei den Wahlen gab es kaum Änderungen. Vorsitzender bleibt Berthold Kibler, seine zwei Stellvertreter sind Wolfgang Gaupp und Dr. Georg Laub. Die Geschäftsführung übernimmt Christoph Binder. Aufgrund der Zunahme der Arbeit in der Geschäftsführung wurde Tanja Hagel zur stellvertretenden Geschäftsführerin gewählt. Neuer Schatzmeister für den altersbedingt ausscheidenden Roland Hini wurde Manfred Prets. Zu Kassenprüfern wurde Engelbert Daferner und Riccardo Schorpp gewählt. Zum Tarifbeauftragten wurde Jens Schiller, zur Frauenbeauftragten Tanja Hagel und zum Seniorenbeauftragten Roland Hini gewählt. Zu Beisitzern wurden gewählt: Markus Kosok und Alexander Friz.

Bei den anschließenden Ehrungen wurden für 40 Jahre Mitgliedschaft Dr. Georg Laub, Manfred Prets, Karl Baur, Reinhold Bolay, Walter Boscher, Martin Götz und Dieter Hartmann und für 25 Jahre Mitgliedschaft Michael Eck, Edwin Funk, Tanja Hagel, Markus Kosok, Michael MacLean und Michael Wilbold – einige in Abwesenheit – geehrt. Ein besonderes Dankeschön wurde an Roland Hini ausgesprochen, der seit 1991, also über 27 Jahre, die Kasse des Kreisverbandes führte und dafür sorgte, dass stets alles richtig bei den Finanzen lief.

Für die Teilnehmer(innen) war es eine interessante Veranstaltung mit der Möglichkeit, sich direkt auszutauschen, Fragen zu stellen und einen schönen Abend zu verbringen. Nicht nur der Vorsitzende Berthold Kibler bedankte sich bei den Mitgliedern, sondern auch Ralf Kusterer sagte Dankeschön an alle Aktiven im Kreisverband für das tolle Engagement zum Wohle der Mitglieder und der Polizei. ■



# Deutsche Polizeigewerkschaft in den Gremien des BBW Beamtenbund und Tarifunion

## Daniel Jungwirth und Ralf Kusterer vertreten die Interessen der DPoIG im Dachverband

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg (DPoIG) ist die größte Fachgewerkschaft innerhalb des BBW Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg. Die Größe einer Fachgewerkschaft drückt sich ferner in der Anzahl der Vertreter(innen) in den Gremien aus.

Schon beim Gewerkschaftstag im vergangenen Jahr stellte die DPoIG die meisten Delegierten. Im Landeshauptvorstand sind es bereits elf Delegierte. Die Mitglieder des Landesvorstandes, oder diejenigen mit speziellen Funktionen innerhalb des Beamtenbundes, werden nicht angerechnet.

Seit Dezember 2017 steht der DPoIG ein weiteres Mandat innerhalb des Landesvorstandes des BBW zu. Neben Ralf Kusterer, der seit 2007 die Interessen der DPoIG im BBW-Landesvorstand vertritt und seit 1999 dem BBW-Landes-

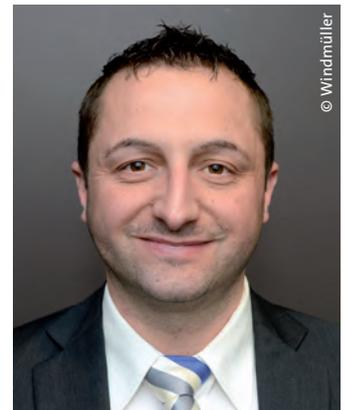
hauptvorstand angehört, wird zukünftig der stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende Daniel Jungwirth mit ihm dort die Interessen vertreten.

Daniel Jungwirth ist kein Neuling auf der Ebene des Beamtenbundes. Während seiner mehr als 15-jährigen Jugend- und Nachwuchsarbeit hat er die DPoIG-Nachwuchsorganisation – die JUNGE POLIZEI – auch in den Gremien des Dachverbandes vertreten. Er verfügt auf Bundes- und Landesebene über ein hervorragendes Netzwerk, kennt die Spielregeln und weiß um die Themen, die nicht nur die Polizei, sondern den öffentlichen Dienst insgesamt bewegen.

Die Redaktion des Polizeispiegels wünscht Daniel Jungwirth für die Vertretung der DPoIG-Interessen im BBW-Landesvorstand eine glückliche Hand. ■



> DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer



> Stellvertretender Landesvorsitzender Daniel Jungwirth

## 4. dbb Forum Behindertenpolitik

Das 4. dbb Forum Behindertenpolitik fand am 16./17. April 2018 im dbb forum berlin unter dem Motto „Digitaler Wandel der Arbeitswelt: Chance und/oder Herausforderung für Menschen mit Behinderung. Alle an Bord?“ statt. Es beschäftigte sich mit den Herausforderungen und Chancen der digitalen Arbeitswelt. Aktuelle Belange der Menschen mit Be-

hinderung und aktuelle Rechtsprechung zum Schwerbehindertenrecht, vorgetragen von herausragenden Juristen, standen auf dem Programm. Ein Schmankerl war dabei der Aktivist Raúl Krauthausen (Sozialhelden e. V.). Allein dieser Vortrag war die Reise wert. Ein Blick ins Internet lohnt: <https://sozialhelden.de/blog/team/raul/>. ■

> Frank Richter, Vorsitzender der DPoIG-Fachkommission Behindertenangelegenheiten, Sarah Leinert, Justiziarin und Geschäftsführerin der DPoIG BW, Roger Hahn, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen bei den obersten Landesbehörden Baden-Württemberg, Ralf Kusterer, Landesvorsitzender der DPoIG BW (von links)



© DPoIG BW